

Grenzen im digitalen Raum setzen: Altersbeschränkungen für soziale Medien

POSITIONSPAPIER

APRIL 2025

Diese Mitteilung beleuchtet die wichtigsten Überlegungen für Gesetzgeber, politische Entscheidungsträger und andere Interessengruppen, die eine Altersbeschränkung für soziale Medien erwägen. Aufgrund der Vielzahl von Gesetzes- und Regulierungsvorschlägen enthält dieser Leitfaden keine detaillierte Analyse; konkrete Vorschläge und ihre Umsetzung erfordern weitere Überlegungen auf der Grundlage von Fakten und der Ansichten von Kindern.

Hintergrund

Soziale Medien – definiert als digitale Plattformen zur Interaktion und zum Austausch von Inhalten – spielen im Alltag vieler Kinder eine wichtige Rolle. Sie bieten Möglichkeiten zum Lernen, zum Knüpfen von Kontakten, zum Spielen und zur Selbstentfaltung, was für die Verwirklichung der Kinderrechte wichtig ist.ⁱ

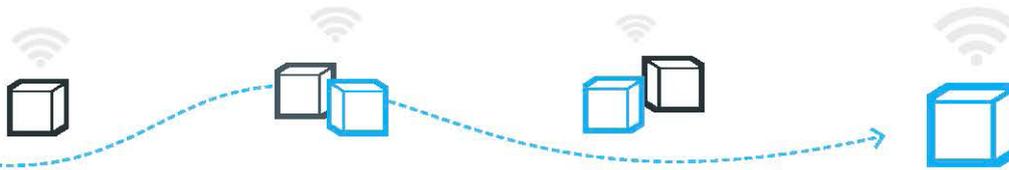
Neben den Chancen gibt es aber auch ernst zu nehmende Risiken, die es zu minimieren gilt – eine Herausforderung, die mit der Weiterentwicklung der Technik und der zunehmenden globalen Vernetzung immer grösser wird. Die im US-amerikanischen Children's Online Privacy Protection Act (COPPA – Gesetz zum Schutz der Privatsphäre von Kindern im Internet) festgelegte Altersgrenze von 13 Jahren für die Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten von Kindern hat die Praxis der Branche und globale Trends geprägt.ⁱⁱ In der Praxis wurde sie jedoch nicht konsequent durchgesetzt. In den letzten Jahren sind einige Länder dazu übergegangen, den Zugang von Kindern zu sozialen Medien einzuschränken.ⁱⁱⁱ

Diese jüngsten Entwicklungen spiegeln die wachsende Unzufriedenheit mit dem Status quo wider, insbesondere das wahrgenommene Versagen der Social-Media-Unternehmen bei der Selbstregulierung und die schwache Durchsetzung der Nutzungsbedingungen. Befürworter von Altersbeschränkungen betonen die Sorge um die Sicherheit von Kindern, einschliesslich des Risikos sexueller Viktimisierung, der Exposition gegenüber jugendgefährdenden Inhalten und der Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Die Debatte über den Nachweis von Risiken und Gefahren geht jedoch weiter. Einige Akteure sind der Ansicht, dass «Verbote» die komplexen Auswirkungen sozialer Medien auf Kinder zu sehr vereinfachen. Andere befürchten, dass Altersbeschränkungen Kinder in weniger regulierte Online-Räume drängen und Technologieunternehmen kaum zur Rechenschaft ziehen, wenn es darum geht, die Rechte von Kindern bei der Gestaltung und dem Betrieb ihrer Plattformen zu berücksichtigen. Dennoch spiegeln die jüngsten Vorschläge eine breitere globale Verschiebung hin zu regulatorischen Eingriffen in soziale Medien wider, wobei sich Altersbeschränkungen als eine mögliche Komponente eines robusten Ansatzes zum Schutz von Kindern im Internet herauskristallisieren.

Die Herausforderung

Die Chancen der sozialen Medien maximieren und gleichzeitig die Risiken für Kinder minimieren:

Um ein sichereres und förderlicheres digitales Umfeld für Kinder zu schaffen, sollten die Regulierungsbemühungen nicht nur die Risiken mindern, sondern auch die positiven Aspekte ihrer digitalen Erfahrungen fördern. Die wachsende Unzufriedenheit mit der derzeitigen Situation sollte zu verstärkten politischen und regulatorischen Massnahmen führen, um Anreize für Innovationen bei der Entwicklung digitaler Erfahrungen zu schaffen, die den Rechten, dem Wohlergehen und den Entwicklungsbedürfnissen von Kindern Vorrang einräumen. Auch wenn Altersbeschränkungen eine Rolle spielen können, ist es unwahrscheinlich, dass sie allein die notwendigen Veränderungen in der Technologiebranche herbeiführen, um die Rechte und die Sicherheit von Kindern im Internet zu stärken.



Wichtige grundsätzliche Überlegungen

Die systematische **Abschätzung der Folgen für die Rechte des Kindes** sollte von den politischen Entscheidungsträgern so früh wie möglich eingesetzt werden, um die möglichen direkten und indirekten Auswirkungen von Vorschlägen für Altersbeschränkungen auf Kinder und die Ausübung ihrer Rechte zu untersuchen.^{iv} Als Teil dieses Prozesses sollten Gesetzgeber, politische Entscheidungsträger und andere Akteure zusätzlich:

Die Perspektive der Kinder einbeziehen:

Die Perspektive von Kindern und Jugendlichen muss angemessen in die Strategieentwicklung einbezogen werden, um sicherzustellen, dass alle Massnahmen ihre Ansichten, Bedürfnisse und Lebensrealitäten widerspiegeln und ihre Rechte respektieren.

Klare Ziele setzen: Das Hauptziel für die Einführung von Altersbeschränkungen muss klar definiert werden, damit alle Massnahmen notwendig und verhältnismässig bleiben. Es ist von entscheidender Bedeutung, die spezifischen Gefahren oder Bedenken zu identifizieren, die durch die Beschränkungen gemindert werden sollen, wie z. B.:

- Online-Mobbing
- Sexuelle Viktimisierung
- Belastung durch schädliche Inhalte
- Auswirkungen auf die psychische Gesundheit

Den Umfang festlegen: Der Begriff «Soziale Medien» umfasst ein breites Spektrum digitaler Räume, die sich hinsichtlich Plattformdesign, Nutzerinteraktionen und Risiken unterscheiden. Es muss klar definiert werden, was unter sozialen Medien zu verstehen ist und ob Altersgrenzen für ganze Plattformen oder für bestimmte Funktionen, wie direkte Interaktionen, gelten sollen. Ein einheitlicher Ansatz, der für alle gilt, wird wohl kaum greifen.^v

Vor unbeabsichtigten Folgen schützen: Altersgrenzen können unbeabsichtigte negative Folgen haben, die die Rechte von Kindern untergraben können. Dazu gehören:

- Einschränkung des Zugangs von Kindern zu Informationen, z. B. zu Bildungs- oder Gesundheitsressourcen, und zu unterstützenden Online-Communitys.
- Geringere Anreize für Unternehmen, in Systeme und Ressourcen zu investieren, um die Online-Erfahrungen von Kindern zu verbessern, altersgerechte Produkte und Dienstleistungen anzubieten und sichere Räume für alle Nutzerinnen und Nutzer zu schaffen und zu betreiben.
- Unverhältnismässige Auswirkungen auf Kinder in ländlichen oder benachteiligten Gebieten und auf die am stärksten diskriminierten Kinder, die auf soziale Medien angewiesen sind, um Zugang zu Ressourcen und Möglichkeiten zu erhalten.
- Kinder werden in unregulierte, weniger sichere Online-Räume gedrängt und davon abgehalten, Hilfe zu suchen, wenn etwas schief geht.
- Einschränkung der Möglichkeiten für Kinder, die für das digitale Zeitalter erforderlichen digitalen Kompetenzen und Resilienz zu entwickeln.

Die gewählten Lösungen und Durchsetzungsmethoden zur gesicherten Altersüberprüfung können sich auch negativ auf das Recht der Kinder auf Privatsphäre und Datenschutz auswirken. Zudem können sie die Verantwortung der Unternehmen für Gefährdungen, denen Kinder im Internet ausgesetzt sind, verringern und auf Eltern und Betreuende verlagern.

Auf Forschungsergebnissen basierende Altersgrenzen festlegen: Mindestaltersgrenzen sollten auf der Grundlage von Forschungsergebnissen festgelegt werden, die sich auch mit der Entwicklung von Kindern, den Möglichkeiten und der Risikoexposition befassen. Es besteht noch kein Konsens darüber, welche psychologischen, emotionalen und kognitiven Faktoren bei der Festlegung eines geeigneten Alters für die Nutzung sozialer Medien vorrangig berücksichtigt werden sollten. Zudem können Altersgrenzen die Vielfalt der Kinder, ihre sich entwickelnden Fähigkeiten sowie ihre unterschiedlichen Eigenschaften und Lebensumstände nicht berücksichtigen.

Einen systemischen und umfassenden Wandel vorantreiben: Das Festlegen eines Mindestalters für die Nutzung sozialer Medien allein wird das Gefährdungsrisiko nicht beseitigen. Um die Sicherheit von Kindern zu gewährleisten, sind Massnahmen auf familiärer, schulischer und gemeinschaftlicher Ebene erforderlich. Darüber hinaus sollte der Gesetzgeber systemische Massnahmen zum besseren Schutz von Kindern in sozialen Medien vorschreiben. Die Einführung von Altersbeschränkungen darf nicht dazu führen, dass Unternehmen weniger Anreize haben, in eine sicherere Gestaltung der Plattform und eine wirksame Moderation der Inhalte für alle Nutzerinnen und Nutzer zu investieren. Die Regulierung muss die Unternehmen dazu zwingen, Verantwortung zu übernehmen, indem sie proaktiv alle negativen Auswirkungen auf die Rechte von Kindern erkennen und angehen. Dazu gehört auch die Durchführung einer soliden Sorgfaltsprüfung für Kinderrechte, einschliesslich einer Folgenabschätzung für Kinderrechte im digitalen Umfeld.^{vi}

Digitale Kompetenz von klein auf unterstützen: Kinder müssen von klein auf in den Bereichen digitale Kompetenz, kritisches Denken und Online-Sicherheit geschult und angeleitet werden. Dies ist unabhängig vom Mindestalter für den Zugang zu sozialen Medien unerlässlich.

In elterliche und pädagogische Unterstützung investieren: Eltern und Pädagogen können eine entscheidende Rolle bei der Steuerung der digitalen Aktivitäten von Kindern spielen. Sie sollten genaue Informationen und die notwendigen Ressourcen erhalten, um ihre Rolle ausüben zu können.

Herausforderungen bei der Umsetzung angehen: Die Durchsetzung von Altersbeschränkungen bringt Herausforderungen bei der Umsetzung mit sich, einschliesslich Datenschutzbedenken. Die Beteiligten müssen zusammenarbeiten, **um technisch praktikable Lösungen für die Altersüberprüfung und den Schutz der Rechte** zu entwickeln.

Auswirkungen überwachen und bewerten: Es müssen Messgrössen und Bewertungskonzepte entwickelt werden, um zu beurteilen, inwieweit Altersbeschränkungen (und andere Massnahmen) die angestrebten Ziele und Ergebnisse erreichen. Dies könnte z. B. die Überwachung von Verhaltensänderungen, gemeldeten Gefährdungen und weiterreichenden sozialen Ergebnissen umfassen, um die Wirksamkeit solcher Massnahmen zu bestimmen. Unternehmen sollten angehalten werden, in ihren wichtigsten öffentlichen Finanzberichten, Lageberichten und/oder Nachhaltigkeitsberichten über wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen im Zusammenhang mit Kinderrechten im digitalen Umfeld zu berichten.

ⁱ Dies schliesst die Bestimmungen der UN-Konvention über die Rechte des Kindes sowie die Auslegungshinweise des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes in der Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 über die Rechte des Kindes im digitalen Umfeld (CRC/C/GC/25) vom 2. März 2021 mit ein.

ⁱⁱ Die im COPPA festgelegte Altersgrenze von 13 Jahren wird häufig als Altersbeschränkung für den digitalen Zugang missverstanden, obwohl sie sich tatsächlich auf die elterliche Zustimmung zur Verarbeitung personenbezogener Daten von Kindern bezieht. Weitere Informationen zum «digitalen Alter der Zustimmung» und zur Anwendung von «Meilenstein-Geburtstagen» in der digitalen Umgebung finden Sie unter: Sonia Livingstone & Kim R. Sylwander (2025), There is no right age! The search for age-appropriate ways to support children's digital lives and rights, *Journal of Children and Media*, 19:1, 6-12, 7-8.

ⁱⁱⁱ Ein Beispiel ist die Forderung nach einer EU-weiten Beschränkung für Kinder unter 15 Jahren sowie die Verabschiedung des australischen Gesetzes «Online Safety Amendment (Social Media Minimum Age) Bill 2024». Dieses Gesetz beschränkt den Zugang zu bestimmten Social-Media-Plattformen für Kinder unter 16 Jahren: Mathieu Pollet, 'Danish PM calls for 15+ age limit for social media in EU', *Politico*, 27 May 2024, <https://www.politico.eu/article/danish-pm-calls-for-15-age-limit-for-social-media-in-eu/>; Parliament of Australia, Online Safety Amendment (Social Media Minimum Age) Bill 2024.

^{iv} Dies unterscheidet sich von der Sorgfaltspflicht der Unternehmen in Bezug auf Kinderrechte, zu der auch Folgenabschätzungen gehören. Siehe Anmerkung vi unten.

^v Es werden Altersbeschränkungen für verschiedene Bereiche vorgeschlagen, darunter auch für den Zugang zu Smartphones und Spielen. Diese Anmerkung bezieht sich speziell auf soziale Medien.

^{vi} Siehe UNICEF-Leitfaden zur Durchführung von Folgenabschätzungen im Zusammenhang mit der digitalen Lebenswelt von Kindern, abrufbar unter <https://www.unicef.org/childrightsandbusiness/workstreams/responsible-technology/D-CRIA>.